

Name:

Bewerber*in/Bieter*in, Mitglied der Bewerber*innen-/Bieter*innengemeinschaft oder Nachunternehmer*in

Titel der Vergabe:

Vergabe-Nr.:

Bitte ankreuzen bzw. ausfüllen
☐ **Erklärung nach § 9 Absatz 4 bis Absatz 6 VgG M-V: Mindestlohn**

Mein Unternehmen verpflichtet sich, den Arbeitnehmer*innen nach § 9 Absatz 4 Satz 1, Absatz 6 Satz 1 VgG M-V bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 9 Absatz 4 Satz 1 und 2 VgG M-V maßgebliche Stundenentgelt zu bezahlen.

☐ **Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen**

Auftraggeber*in und Auftragnehmer*in werden gemeinsam darauf hinwirken, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization-ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Hinsichtlich der Vorschriften, aus denen sich die Mindestarbeitsnormen ergeben, wird auf § 11 VgG M-V hingewiesen.

☐ **Erklärung nach § 9 Absatz 4 bis 6 VgG M-V: Nachunternehmer**

Soweit mein Unternehmen Leistungen auf Nachunternehmer*innen überträgt, verpflichtet es sich, dem*der Nachunternehmer*in die für mich geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch den*die Nachunternehmer*in zu überwachen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verpflichtungserklärung zur Zahlung des vergaberechtlichen Mindestlohns nicht verlangt wird, soweit Unternehmen oder vorgesehene Nachunternehmer*innen mit Sitz im EU-Ausland beabsichtigen, die verfahrensgegenständliche Dienstleistung ganz oder teilweise im EU- Ausland zu erbringen.

☐ **Mein/unser Unternehmen erfüllt die Voraussetzungen gemäß Vergabeerlass VgE M-V des Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 12. Dezember 2018 -V 130-611-00020-2018/031**

- weniger als 250 Personen beschäftigt,
- einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro und
- keiner Gruppe verbundener Unternehmen angehörend oder einer Gruppe verbundener Unternehmen angehören, die die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt

Anzahl der Beschäftigten:	
Jahresumsatz in Euro	
Jahresbilanzsumme in Euro	

Soweit der*die Auftragnehmer*in nach Maßgabe von § 9 Absatz 1, 4 und 5 VgG M-V verpflichtet ist, gelten folgende Bestimmungen:

- Der*die Auftraggeber*in oder die Stelle nach § 10 Absatz 1 Satz 2 VgG M-V ist befugt, Kontrollen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 VgG M-V durchzuführen und dabei Einsicht in die Entgeltabrechnungen, die die zur Erfüllung des jeweiligen Auftrages eingesetzten Beschäftigten betreffen, sowie in die zwischen dem*der Auftragnehmer*in und seinen Nachunternehmen geschlossenen Verträge zu nehmen. Der*die Auftragnehmer*in hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der*die Auftragnehmer*in hat vollständige und prüffähige Unterlagen zur Vornahme der Kontrollen

nach § 10 Absatz 1 Satz 2 VgG M-V bereitzuhalten und auf Verlangen dem*der Auftraggeber*in oder der anderen Stelle nach § 10 Absatz 1 Satz 2 VgG M-V unverzüglich vorzulegen.

- Der*die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, für jeden schuldhaften Verstoß gegen die Obliegenheiten nach § 9 Absatz 1,4,6 und 9 VgG M-V eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu höchstens 5 von Hundert des Auftragswertes zu zahlen. Der*die Auftragnehmer*in ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch dann verpflichtet, wenn der*die von ihm beauftragte Nachunternehmer*in oder ein*eine von diesem eingesetzte*r Nachunternehmer*in gegen seine nach § 9 Absatz 5 VgG M-V begründete Obliegenheit verstößt, sofern der*die Auftragnehmer*in diesen Verstoß kannte oder kennen musste.
- Der vorsätzliche, grob fahrlässige oder mehrfache Verstoß gegen die Obliegenheiten nach § 9 Absatz 1,4 bis 6 und 9 VgG M-V durch den*die Auftragnehmer*in oder ihre*seine Nachunternehmer*innen berechtigt den*die Auftraggeber*in zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der*die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, dem*der Auftraggeber*in den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe der vorstehenden Verpflichtungserklärung meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat/haben kann.

--	--

Ort, Datum

Name der*des Vertretungsberechtigten in Textform (§ 126b BGB)